

Zeitschrift: Mittex : die Fachzeitschrift für textile Garn- und Flächenherstellung im deutschsprachigen Europa

Herausgeber: Schweizerische Vereinigung von Textilfachleuten

Band: 89 (1982)

Heft: 7

Rubrik: Volkswirtschaft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

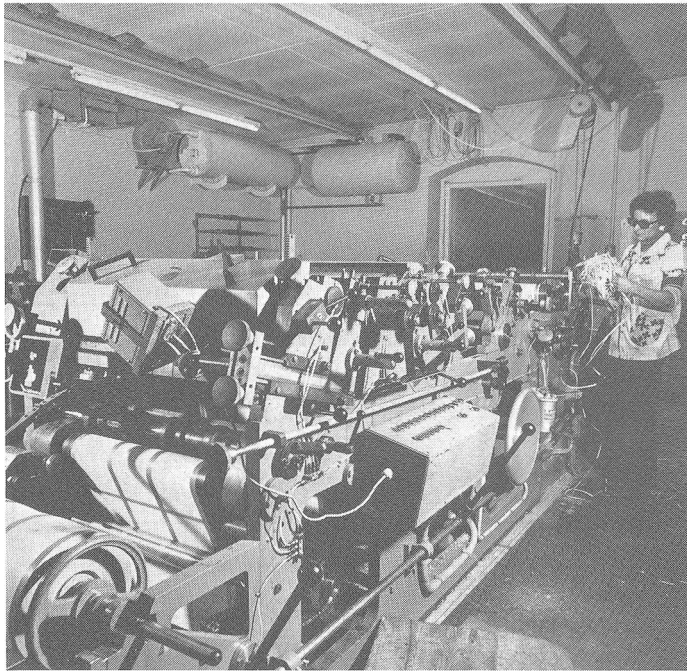
Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die AGM nimmt auf dem Spezialgebiet der Webstuhlpapiere, das weltweit nur von wenigen Firmen gepflegt wird, eine bedeutende Stellung ein. Über 80% der MÜLLER-Webstuhlpapiere und Plastikfolien werden in alle Welt exportiert, wo sie in vielen Fällen Webmaschinen schweizerischer Herkunft steuern. In der Schweiz ist AG MÜLLER für diese Fabrikationssparte alleiniger Hersteller. Dies gilt ebenso für die Spielkarten.

Die Fabrikation von Webpapieren aller Art für Jacquard- und Schaftmaschinen umfasst verschiedene Qualitäten, abgestuft in preisgünstige für gewöhnliches Papier bis zu teuren Verbundmaterialien. Die Neuentwicklungen werden jeweils an der ITMA und anderen Fachmessen ausgestellt.

AG MÜLLER genießt einen ausgezeichneten Ruf in Fachkreisen und konnte sich dank des hohen Qualitätsstandards in allen Textilzentren der Welt mit grossem Erfolg durchsetzen. Die Forschung macht ständige Anstrengungen, um für die modernen und hochleistungsfähigen Schaftmaschinen (sog. Rotationsmaschinen) immer neue Produkte zu schaffen, die den Anforderungen der neuesten Technik entsprechen.



Dank den ausgezeichneten Produkten und dem vorzüglichen Kundenservice der weltweit über 100 Vertreter wird AGM auch in Zukunft mit ihrem spezialisierten Papier in den vordersten Rängen stehen.

Volkswirtschaft

Preis und Lohn

Die Schweiz gehört zu den Ländern mit einer durchschnittlich hohen Kaufkraft der Bevölkerung. Der mit sechs Millionen Einwohnern relativ kleine Schweizer Markt ist deshalb international stark umworben. Die grosse Konkurrenz verursacht in vielen Branchen einen entsprechend harten Preisdruck, nicht zuletzt bei Textilien und Bekleidung, welche in zunehmendem Masse aus Niedriglohn- bzw. Tiefpreisländern der Dritten Welt eingeführt werden.

Den Wohlstand, dessen sich unser rohstoffarmes Land erfreut, verdanken wir neben politisch stabilen Verhältnissen dem Fleiss der arbeitenden Bevölkerung. Wir haben keine Kriege und deren Folgen zu finanzieren, und man ist im allgemeinen der Auffassung, dass es gescheiter sei, zu einem angemessenen Lohn zu arbeiten als den Arbeitsfrieden in dieser oder jener Form ernsthaft in Frage zu stellen. So einfach ist das mit dem materiellen Wohlstand, den auch jene in vollen Zügen geniessen, die ihn bei passender Gelegenheit etwas zu verfluchen pflegen, was beileibe nicht nur bei «Bewegten» und «Grünen» der Fall ist.

Für die Produkte unserer Hände und Köpfe erhalten wir einen Preis, und dieser wird weitgehend von Angebot und Nachfrage bestimmt. Sind die erzielten Preise gut oder schlecht, wirkt sich dies im Prinzip früher oder später entsprechend auf die Löhne aus. Jedenfalls kann ein Unternehmen mit anhaltend ungenügender Ertragslage nicht während einer unbeschränkten Zeit Löhne ausbezahlen, die über seine Verhältnisse gehen. Dieser Binsenwahrheit ist man sich seit der Zunahme der Arbeitslosigkeit in vielen Ländern wieder mehr bewusst geworden.

Das schweizerische Preisniveau hat sich in den letzten fünfzig Jahren knapp vervierfacht. Die Arbeiterlöhne stiegen seit 1939 nominell um mehr als das Zehnfache, die Angestelltegehälter um mehr als das Achtfache. Zieht man die eingetretene Geldentwertung in Betracht, ergibt sich für die Arbeiter immer noch ein realer Lohnzuwachs um das Dreifache und für die Angestellten ein realer Lohnzuwachs um das Doppelte.

Diese Kaufkraftverbesserung führte sukzessive zu einem tiefgreifenden Wandel in den Lebensbedürfnissen und -gewohnheiten. Wie stark sich das Bild seit den ersten Nachkriegsjahren geändert hat, zeigen folgende Zahlen: 1950 gab jeder Schweizer Haushalt durchschnittlich 32% seines verfügbaren Einkommens für Nahrungs- und Genussmittel aus, 1980 war es nur noch die Hälfte davon. Der Anteil Bekleidung ging noch stärker zurück, nämlich von 11 auf 5 Prozent. In der gleichen Zeit stiegen die Ausgaben für Verkehr, Bildung und Unterhaltung sowie Gesundheit und Körperpflege von 19 auf 32 Prozent. In die drei vergangenen Jahrzehnte fällt insbesondere die starke Motorisierung, die viele Haushaltungen gewaltig belastet, auf die zu verzichten indessen kaum jemand spezielle Lust zu verspüren scheint. Den nötigen Treibstoff wird man eben auch «vermögen», wenn der Liter Benzin einmal 4 Franken kosten sollte; der automatische Teuerungsausgleich erlaubt es.

Der Preis, den uns das Leben grossenteils kostet, wird vom BIGA (Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit) bekanntlich jeden Monat mit dem Landesindex der Konsumentenpreise gemessen. Diesem Teuerungsbarometer kommt eine ausserordentliche Bedeutung zu. Nicht nur hat man es sich angewöhnt, weitgehend die Löhne der Unselbständigerwerbenden nach ihm auszurichten, sondern auch viele Renten, insbesondere jene der AHV-Bezüger, werden von ihm «abgelesen». Viele denkfaule Leute haben aus diesem Index eine Art «heilige Kuh» gemacht, die man nach ihrer Meinung nicht berühren sollte. Nachdem Das BIGA vor einigen Monaten zugeben musste, dass ihm der Index seit 1977 insgesamt etwa 2–3 Prozent zu hoch «geraten» war – wodurch natürlich auch Löhne und Renten falsch «angepasst» wurden –, dürfte diese Kuh nun allerdings nicht mehr überall so sakrosankt sein. Vielleicht musste es zu dieser Panne kommen, denn bei einer Grosszahl von Konsumenten war eine uneingeschränkte Gläubigkeit fast nur noch beim BIGA-Index vorhanden, während man sonst nicht mehr viel glaubt und sich nirgendwo mehr etwas sagen lassen will. Es ist bei der in weitesten Kreisen bestehenden Mentalität nicht erstaunlich, dass das BIGA mit seinen Fehlberechnungen in der Öffentlichkeit so glimpflich davongekommen ist: Es haben dadurch halt fast alle mehr bekommen! Wäre es umgekehrt gewesen, hätte man wohl einige Köpfe ins Rollen zu bringen versucht.

Mit dem bequemen Landesindex haben es leider viele Arbeitgeber verlernt, bei den Löhnen in erster Linie die persönliche, effektive Leistung eines jeden zu berücksichtigen, statt die Vergütung der nachgewiesenen Arbeits- oder Präsenzzeit ganz einfach linear der BIGA-Teuerung anzugleichen; was man seit 1977 «indexlich» zu viel bezahlt hat, kann jeder selber ausrechnen, falls es ihm Vergnügen bereitet...

In der Privatwirtschaft hätte man es, im Gegensatz zum Staat, noch in der Hand, unterschiedliche Leistungen auch unterschiedlich zu entgelten. Vielleicht wird sich der eine oder andere Unternehmer bei Gelegenheit nun doch wieder auf diese Tatsache besinnen. Dies würde vor allem im Interesse jener Mitarbeiter liegen, welche zum Wohlergehen ihrer Arbeitgeberfirma nach besten Kräften beitragen und sich oft als dumm vorkommen, wenn auch die Phlegmatiker und Drückeberger automatisch in den Genuss der gleichen prozentualen Lohnerhöhungen kommen. Ein solches Verhalten der Arbeitgeber spornt jedenfalls zu keinen besonderen Leistungen an, wobei mit Leistung keineswegs Krampf gemeint sein soll.

Der schweizerische Landesindex der Konsumentenpreise, den man zutreffender Lebenskostenindex nennen würde, ist im Durchschnitt der letzten Jahre immerhin weniger gestiegen als in vielen Drittstaaten – auch wenn er zu hoch ausgewiesen wurde. Das Verdienst dafür nehmen viele für sich in Anspruch; nur wenn sich die Preis-/Lohnspirale noch rascher dreht und das schweizerische Teuerungsbarometer Fieber anzeigt, gibt man jeweils den Verhältnissen die Schuld.

Aber wie dem auch sei: Die geringere Inflationsrate bezahlen wir teilweise mit der Substanz, die wir zum Erhalten der Marktpositionen mit vielen Auslandsgeschäften exportieren. Der hohe Schweizerfrankenkurs, welcher neben anderem unserer politischen Stabilität zuzuschreiben ist, bewirkt auf dem Inlandmarkt einen zusätzlichen Preisdruck, während unsere Exportfirmen im Ausland so teuer sind, dass sie oft Preise zugestehen müssen, die einer seriösen Kalkulation nicht standhalten.

Darüber konnten jene Exporteure, die ihre Geschäfte grossenteils im DM-Raum abwickeln, in den letzten Monaten ein besonders garstiges Liedlein singen. Man sollte diesen Aspekt nicht aus den Augen wischen, indem man wider besseres Wissen von einem nach wie vor erstaunlich guten Exportgeschäft spricht und dabei offenbar die «Eierfraueli»-Rechnung mit der Menge macht. Auf die Dauer gute Löhne bezahlen zu können, setzt entsprechende Preise voraus. So einfach – zumindest theoretisch – ist auch das.

Ernst Nef

Humanisierung der Arbeitswelt

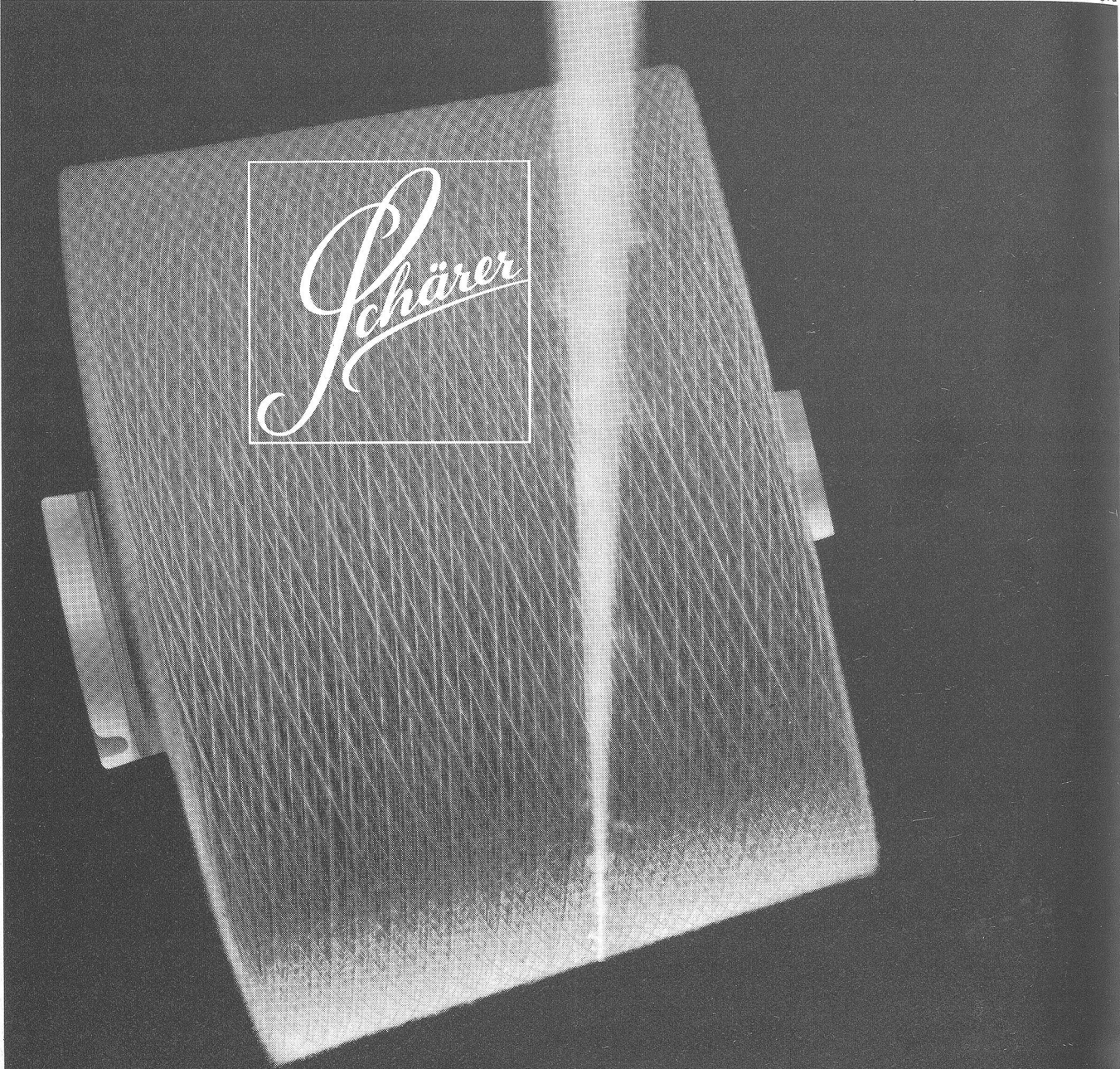
Selbstentfaltung und Selbstverwirklichung sind neuere Schlagworte, nachdem die materielle Besserstellung etwas an Dringlichkeit eingebüsst hat. Angestrebt werden diese Ziele in erster Linie im Bereich der Freizeit und des Konsums. Immerhin kommt ihnen auch im Bereich der Produktion ein wachsender Stellenwert zu. Dort werden sie umformuliert zu «Humanisierung der Arbeitswelt». Dabei lassen sich vor allen Dingen zwei Aspekte auseinanderhalten, nämlich der technische und der psychologische. Im Vordergrund stehen etwa die Beseitigung gesundheitsschädlicher Belastungen am Arbeitsplatz durch Lärm, Schmutz, chemikalische Reize, zu hohe und zu niedrige Temperaturen, ferner die einseitige Belastung bestimmter körperlicher Organe, der möglichst weitgehende Abbau des taktgebundenen Leistungsdrucks, wie er am Fließband vorkommt, und der Einsatz von monotonen, sich wiederholenden Einzelhandgriffen durch erweiterte und vielseitigere Aufgaben des Einzelnen.

Stärker in den organisatorischen und psychologischen Bereich gehören sodann die Postulate nach mehr Selbstverantwortung des Einzelnen oder der Arbeitsgruppe durch bessere Verteilung und Gliederung der Arbeitsaufgaben sowie der Abbau überlieferter hierarchischer Befehlsgewohnheiten und die Mitbestimmung am Arbeitsplatz. Alle diese Forderungen sind kaum mehr umstritten. Kontrovers sind höchstens noch Ausmass und Tempo ihrer Verwirklichung und in Verbindung damit natürlich die Möglichkeit der Finanzierung.

Der Sinn der Arbeit

Es ist ganz klar, dass der Arbeit (aufgefasst als Erwerbstätigkeit) in erster Linie die Funktion zukommt, den Lebensunterhalt zu sichern, also die menschlichen Konsumbedürfnisse befriedigen zu helfen. Sie ist also vorerst ein Mittel zum Zweck. Und in südlichen Breitengraden ist sie häufig nicht mehr als das – ein notwendiges Übel. Gearbeitet wird daher hier oft nur so viel, als unbedingt nötig ist. Wenn dabei Unlustgefühle auftreten, werden sie verringert etwa durch rituelle Begleitung wie Singen und Tanzen. Die Erzielung von Überschüssen, um sie an andere abzutreten, ist dagegen im Prinzip kaum vorgesehen.

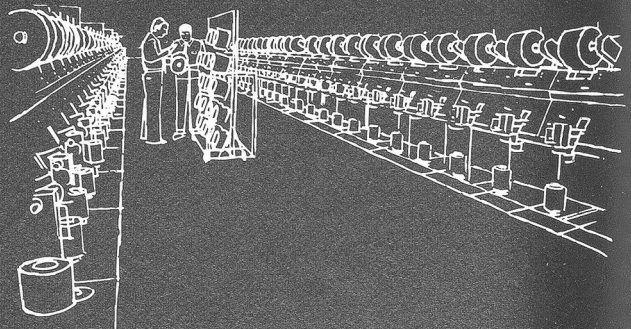
Erst im Abendland hat die Arbeit einen ganz anderen Stellenwert erhalten. Hier wurde sie zu einer Form der individuellen und kollektiven Selbstverwirklichung hochstilisiert. Sie wurde in der calvinistischen Ethik sogar zum Selbstzweck, in andern Interpretationen zur gerechten Strafe für den Sündenfall – die Verbannung aus



Schärer

Kreuzspulen mit PRÄZISIONS- wicklung für Stapelfasergarne

- sind gleichmässig harte Spulen
- mit perfektem Aufbau
- ohne Bildzonen
- mit mehr Garninhalt pro Volumeneinheit
- Auch grosse Pakete gewährleisten bessere Ablaufeigenschaften
- Sie bringen klare wirtschaftliche und qualitative Vorteile in der Weberei, Wirkerei und Färberei.



MASCHINENFABRIK SCHÄRER AG

CH-8703 Erlenbach-Zürich, Schweiz, Telex 53104

dem Paradies mit dem Hinweis, dass der Mensch fortan sein Brot im Schweisse seines Angesichtes essen solle. Eine unglaublich hohe Wertschätzung erfährt die Arbeit sodann im marxistisch-kommunistischen Lehrgebäude, wo sie geradezu als alleinige Quelle der Bewusstwerdung des Menschen und seiner Erhebung über die Tierwelt bezeichnet wird.

Die Entschädigung

Gegen Ende des 20. Jahrhunderts und in den Industriegesellschaften hat der religiöse Sinngehalt der Arbeit seine Bedeutung weitgehend eingebüsst. Vielleicht muss man auch hinzufügen, dass er wohl eher für die Mittel- und Oberschichten des Frühkapitalismus als für die Arbeiterschaft bestimmt war. Für diese war die Erwerbstätigkeit von jeher eine Fron. Sie beanspruchte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und in der Industrie noch rund 4000 Stunden pro Jahr. Heute ist sie demgegenüber auf weniger als die Hälfte dieser Zeit zurückgegangen – ein ungeheurer Fortschritt, umso mehr als er erst noch einherging mit einer Vervielfachung der Realeinkommen.

Worauf beruht dieser Erfolg? Offenbar lagen ihm Produktivitätssteigerungen pro Kopf und pro Arbeitsstunde zugrunde. Etwas überspitzt lässt sich dies in heutiger Terminologie so umschreiben, dass der arbeitende Mensch eingefügt wurde in kombinierte Mensch-Maschinen-Systeme, bei denen die Arbeitsteilung so vollständig wie möglich zum Zuge kam und ihre Vorteile zu entfalten vermochte. Damit verbunden war freilich eine gewisse Dehumanisierung der Arbeitswelt, wenn ein Vergleich gezogen wird beispielsweise zum Mittelalter. Die Opfer mussten sich das freilich gefallen lassen, sei es, weil die Bevölkerungsexplosion das Angebot am Arbeitsmarkt vergrösserte und die überlieferten Produktionsmethoden nicht genügend Arbeitsplätze boten, sei es, weil immerhin das Versorgungsniveau mit den Gütern des Marktes allmählich anstieg und die Arbeitszeiten herabgesetzt werden konnten. Hinzu kam wohl auch der niedrige Bildungsstand der Proletarier und die Tatsache, dass die vollständige Beanspruchung der Kräfte durch die Arbeit gar keine Gelegenheit mehr bot, bessere Zustände in Aussicht zu nehmen. Den Höhepunkt der Arbeitszerlegung bildete natürlich der Taylorismus. Die durch ihn bewirkte Steigerung der Arbeitsergiebigkeit ermöglichte es dann allerdings auch, dass die Arbeitnehmer sich in ihrer Eigenschaft als Konsumenten bereits vieles leisten konnten, zum Beispiel Automobile, die in Fließbandfertigung hergestellt wurden.

Die Arbeitsunlust

Mehr und mehr machte sich indessen die Kritik an der Dehumanisierung geltend. Sie wird verständlich, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass die Menschen in ihrer Eigenschaft als Verbraucher immer reichlicher mit allen möglichen schönen und guten Dingen überschüttet wurden, dass die wachsende Freizeit es ihnen auch zunehmend gestattete, sie zu geniessen. Warum sollten dieselben Menschen in ihrer Funktion als Produktionsfaktoren benachteiligt bleiben? Ihr Protest wurde ausserdem genährt durch weiter verbreitete Schulbildung, durch den Umstand, dass man sich über das entstandene Ungleichgewicht Rechenschaft ablegte und dass man nicht zuletzt durch Agitatoren aller Art darauf aufmerksam gemacht wurde. Auf diese Weise griff eine Bewusstseinsänderung um sich. Die Arbeitsunlust nahm allmählich deutlich zu.

Man kann es durchaus verstehen, dass immer mehr Menschen sich nicht mehr damit zufrieden geben wollten, gleichsam als Verlängerung von Maschinen zu «funktionieren» – insbesondere wenn sie deren Rhythmus nicht selbst zu bestimmen vermochten. Sie verlangten nach Gelegenheit, Initiative zu entfalten und Verantwortung zu übernehmen. Namentlich aber mussten die technischen Arbeitsbedingungen radikal verbessert werden, die bis vor kurzem ungefähr jeden dritten Arbeitnehmer zum Frühinvaliden machten. Bemerkenswert daran ist, dass für die Arbeitgeber ein eigentlicher Zwang entstand, selber Reformen einzuführen, weil sie erkannten, dass die Arbeitsleistung in einem hochgezüchteten Mensch-Maschinen-System nicht mehr befriedigte, dass der Absentismus Kosten verursachte, dass die Fluktuationsrate sich ungünstig auswirkte und dass familiäre Schwierigkeiten als Folge mangelnder Arbeitsfreude wieder negative Rückkoppelungen auf Atmosphäre und Leistungen im Betrieb hatten.

Die Ansatzpunkte

Es war zur Hauptsache dieser Druck, verstärkt noch durch Voll- und Überbeschäftigung, der umfassende Gegenmassnahmen einleitete. Begreiflich, dass sie zunächst im technisch-organisatorischen Bereich einsetzten. Hatten schon die staatlichen Gesetze entsprechende Vorkehrungen verbindlich erklärt, so gingen die jetzt unternommenen mehr oder minder freiwilligen Schritte darüber hinaus. Es galt, etwa jenen Stress zu vermeiden, der durch hohes Arbeitstempo und Überforderung der Nerven, durch pausenlose Konzentration bei gleichzeitigem Fehlen eigener Entscheidungsverantwortung hervorgerufen wurde, daneben aber auch die teilweise «Unterforderung» von Arbeitnehmern unterhalb ihres Qualifikationsniveaus. Dabei war die neugeschaffene Arbeitswissenschaft behilflich.

Es stellte sich freilich heraus, dass humanisierte Arbeitsplätze (zum Beispiel teilautonome Arbeitsgruppen mit wechselnder Teilung der Arbeit) zunächst einmal recht teuer zu stehen kommen, muss doch ein erheblicher Aufwand an technischen Geräten, an Umbauten oder Neubauten, an Umschulungen und Ausbildungen finanziert werden. Dies alles gilt selbst dann, wenn nachher der Ertrag steigt. Wie die Erfahrung gezeigt hat, ist jedoch diese keineswegs sicher, müssen doch zuerst umfassende Versuche durchgeführt werden, von denen viele sich nicht bewähren. Insbesondere sind auch ihre Ergebnisse nicht ohne weiteres von einer Branche auf die andere und von einem Land auf das andere zu übertragen. So sehr man daher der prinzipiellen Feststellung zustimmen mag, es sei jetzt die Stunde der Begünstigung des Arbeitnehmers statt des Konsumenten angebrochen, so aufwendig und schwierig erweist sich die Realisierung. Hinzu kommt, dass die Humanisierung der Arbeitswelt konkurrieren muss mit der Arbeitsplatzsicherung.

Ost und West

Verglichen damit liegen die Dinge im Ostblock einfacher. «Fließbandarbeit ist auch der Gesundheit zuträglich», heisst es da lakonisch. «Fließband ist Rhythmus, und Rhythmus ist dem gesamten Organismus eigen.» Oder: «Wenn auf meiner Kolchose die Arbeitsbedingungen schlecht sind, bestraft mich deswegen kein Mensch. Aber wenn die Kolchose weniger Milch produziert, dann ist gleich der Teufel los, und man ruft mich vors Partei-

komitee». So zeigt sich, dass im Sozialismus die technokratische Betrachtungsweise noch durchaus dominiert und der Taylorismus nach wie vor Triumphe feiert.

Im Westen dagegen wird die Lösung der Probleme noch erschwert durch den Widerstand einzelner Parteien und Gewerkschaften, die den «Grundwiderspruch» zwischen Kapital und Arbeit zum unüberwindlichen Hindernis für jede «wahrhafte» Humanisierung der Arbeitswelt erklären und alles bisher auf diesem Gebiet Geleistete nur als raffinierte Taktik profitgieriger Unternehmer ansehen. Arbeitswissenschaft und Arbeitspsychologie sind danach nur willfährige Knechte des Kapitals. Glücklicherweise sind die Gegensätze in der Schweiz im allgemeinen nicht derart verzerrt und ausgeprägt, so dass bei uns die Chance besteht, die Humanisierung der Arbeitswelt zum Vorteil beider beteiligten Gruppen vorantreiben zu können. Dass sie eines der wichtigeren Gebote der Zukunft darstellt, steht ausser Zweifel, und der Rückgang der Arbeitsfreude und der Arbeitsbereitschaft muss rechtzeitig gesteuert werden. Es gilt daher, positive «incentives» zu mobilisieren, andere als die herkömmlichen Arbeitsmotive zu aktivieren, um die Erwerbstätigkeit nicht nur als Unannehmlichkeit, sondern so viel wie möglich auch als «produktives Glück» empfinden zu lassen.

Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär

Rascher Ausbau der 2. Säule

Nach privaten Berechnungen dürften Ende 1981 bei über 50000 Vorsorgeeinrichtungen (inklusive der den Gemeinschaftseinrichtungen beigetretenen Vorsorgeeinrichtungen) rund 1745000 Aktivmitglieder der 2. Säule angeschlossen gewesen sein. Es wird geschätzt, dass 85 bis 90% dieser Arbeitnehmer genügend bis gut versichert sind, dass die Lücken in der beruflichen Vorsorge mithin in den letzten Jahren schnell kleiner geworden sind. In der Tat betrug die Zahl der Aktivmitglieder gemäss Pensionskassenstatistik 1970 rund 1382000, also über 20% weniger als heute. Die Beitragsleistungen dürften sich 1981 auf 11,2 Milliarden Franken belaufen haben, wovon 7,3 Milliarden Franken durch die Arbeitgeber übernommen wurden. Damit haben sich die Beiträge im Vergleich zu 1970 (3460 Millionen Franken) mehr als verdreifacht.

Maschinenindustrie: Industrielländer als Stammkunden

Die industrialisierten Länder zählen traditionell zu den wichtigsten Kunden der schweizerischen Maschinen- und Metallindustrie. Mit 17,6 Milliarden Franken betrug ihr Anteil an der Gesamtausfuhr 1981 genau 75,0%. Unter den grössten Absatzländern figurierte die Bundesrepublik Deutschland mit einem Anteil von 21,8% an erster Stelle vor den USA mit 8,7% und Frankreich mit 8,2%. Auf dem vierten und fünften Platz rangierten mit Anteilen von 6,0% bzw. 4,2% Italien und Grossbritannien.

Rückhalt in der Exportrisikogarantie (ERG)

Für die schweizerische Maschinen- und Metallindustrie ist die Exportrisikogarantie (ERG) als Instrument im Rahmen der Exportfinanzierung absolut unerlässlich. Der Gesamtbetrag der 1981 gewährten Garantien (Fakturbetrag) entsprach mit gut 5 Mrd. Franken 21,6% des Gesamtexportes dieses Industriezweiges. Zudem belief sich der Anteil dieser Geschäfte am ERG-Engagement Ende 1981 auf 21,6 Mrd. Franken oder 74% des bei der ERG versicherten Geschäftsvolumens. Die Risiken, die dem Bund aus diesem Engagement erwachsen, sind zwar erheblich; im Hinblick auf die Schlüsselrolle, die der ERG bei der Exportfinanzierung zukommt, sind sie jedoch gesamtwirtschaftlich durchaus vertretbar. Bei einer Schmälerung der Leistungsfähigkeit der ERG müsste ohne Zweifel mit ernsthaften Schwierigkeiten im Export, die sich auch auf die Beschäftigungslage auswirken würden, gerechnet werden.

Industriestatistik: Zwei Drittel Kleinbetriebe

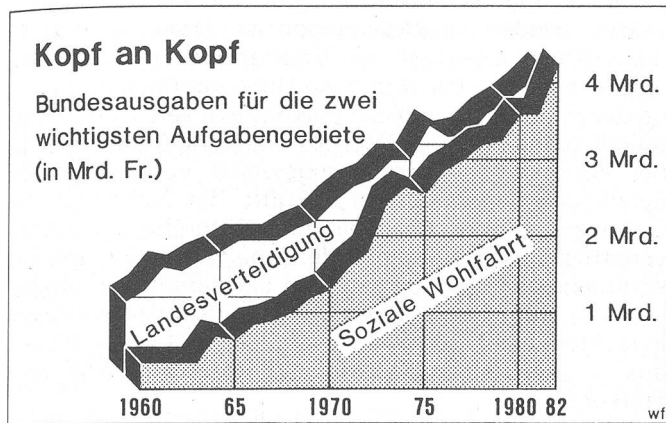
Im September 1981 waren in den von der Industriestatistik erfassten rund 8700 Betrieben etwas mehr als 693000 Personen beschäftigt. Eine Analyse dieser Globalzahl bestätigt einmal mehr die Dominanz der Klein- und Mittelbetriebe in der schweizerischen Industrielandschaft. Ziemlich genau zwei Drittel der Betriebe entfallen nämlich auf die Grössenklasse bis 49 Beschäftigte; sie repräsentieren 18% des erfassten Beschäftigtentotals. Knapp 32% sind Mittelbetriebe (50–499 Beschäftigte): Hier arbeitet mit 51% die Mehrheit der Beschäftigten. Auf die Kategorie der Grossbetriebe (500 und mehr Beschäftigte) entfällt lediglich ein Anteil von 2%; beschäftigungsmässig liegt deren Bedeutung bei knapp 31%.

Erhöhter Frauenanteil an den Erwerbstätigen

Nach neuesten offiziellen Statistiken waren 1981 in der Schweiz im Mittel 1075000 Frauen erwerbstätig. Die Zahl der erwerbstätigen Männer belief sich demgegenüber auf 1979000. Somit erreichte der Frauenanteil an der im Erwerbsleben stehenden sogenannt aktiven Bevölkerung 35,2%. Seit 1960, dem Basisjahr für die revidierte schweizerische Erwerbstätigenstatistik, war dieser Prozentsatz nie so hoch. Er lag 1960 bei 34,2%, um 1965 bis 1968 auf den Tiefstand von 33,4 — also ziemlich genau ein Drittel — abzusinken. Seit 1972 (33,8%) stieg der Anteil der erwerbstätigen Frauen kontinuierlich leicht an, bis 1977 auf 34,5% und bis 1980 auf 35,0%.

Zu beachten ist, dass die absolute Zahl der weiblichen Beschäftigten im vergangenen Jahr keinen Höchststand erreichte. 1973 und 1974, also kurz vor Rezessionseinbruch, übertraf der Bestand der erwerbstätigen Frauen mit 1090000 die letztjährige Marke noch leicht. Im Zuge der konjunkturellen Abschwächung verminderte sich diese Zahl bis 1976 auf 999000, bevor wieder ein steter leichter Aufwärtstrend bis zum erwähnten Stand von 1075000 weiblichen Erwerbstätigen einsetzte.

Soziales und Landesverteidigung an der Spitze



Die zwei Aufgabenbereiche Soziale Wohlfahrt und Verteidigung werden in der politischen Diskussion um den Bundeshaushalt gerne gegeneinander ausgespielt. Abgesehen davon, dass es nicht nur auf die Quantität, sondern auch auf die Qualität einer Staatsausgabe ankommt, bleibt die Beobachtung, wonach beide Aufgabengebiete in bezug auf ihre Ausgabenintensität seit Jahren die Spitzenreiter sind. Gleichzeitig belegen sie abwechselnd den ersten Platz. Im Jahr 1978 rückte die Soziale Wohlfahrt mit einem Anteil von 20,1% erstmals zur Spitze vor. Die gleiche Rolle kam diesem Aufgabenbereich 1980 zu (20,6%), und gemäss Voranschlag dürfte das auch im laufenden Jahr der Fall sein (22,3%). Die Landesverteidigung dagegen verursachte bis 1977 (20,1%) und danach 1979 (20,6%) und 1981 (21,4%) am meisten Ausgaben (Budget 1982: 21,1%).

Vor zwanzig Jahren waren die Relationen noch völlig anders. Einem Verteidigungsanteil von über einem Drittel (37,3%) am Gesamtbudget 1960 stand eine «Sozialquote» von gerade 12,5% gegenüber. Bezieht man übrigens die Kantone und Gemeinden in die Betrachtung ein, steht die Soziale Wohlfahrt mit einem Anteil an den Gesamtausgaben von rund 14% an zweiter, die Landesverteidigung an fünfter Stelle (rund 8%).

Die Schweizer — kein Volk der Sparer mehr?

Es muss grösstes Staunen wecken, wenn man vernimmt, dass die schweizerischen Haushalte im Jahre 1980 bei einem gesamten Bruttosozialprodukt von gegen 180 Mia. Franken, schäbige 3 bis 4 Mia. sparten. Doch das sind die Angaben, welche das Bundesamt für Statistik in seiner Nationalen Buchhaltung zum besten gab, und es liegen keine Anhaltspunkte dafür vor, sie stark in Zweifel zu ziehen. Das macht eine Sparquote von rund 2% aus und muss den Durchschnittsbürger aufhorchen lassen. Der Beitrag der Haushalte zur Gesamtsumme der Ersparnisse erreichte noch 8% und fiel damit kaum mehr stark ins Gewicht. Das Resultat alarmiert umso mehr, als dieses freiwillige Sparen seit 1976 um fast 30% zurückging. Wo ist jene Tugend geblieben, die man bisher als eine charakteristische Eigenart der Helvetier rühmte oder brandmarkte? Sind unsere Landesleute in den Sog der Konsumgesellschaft geraten?

Zu einer solchen Vermutung könnte der Hinweis darauf veranlassen, dass die Verhältnisse auch in den Vereinigten Staaten nicht wesentlich anders liegen. Besonders verwunderlich erscheint in diesem Zusammenhang, dass in der Schweiz selbst von den ausgeschütteten Zinsen, Dividenden und Mieteinnahmen bloss noch ein Drittel auf die hohe Kante gelegt wird, während der Löwenanteil der Finanzierung des laufenden Verbrauchs gewidmet wird. Unter solchen Umständen werden jene theoretischen Modelle vollends unrealistisch, die der Einfachheit halber unterstellen, die Ersparnisse stammten von den «Kapitalisten», wogegen die «Werkstätigen» überhaupt nichts auf die Seite legten. Diese Interpretation ist schon deshalb fehlerhaft, weil die Altersrentner eine wachsende Bedeutung erlangen und von ihrem Kapitaleinkommen begreiflicherweise einen nicht geringen Teil laufend ausgeben.

Die Unternehmungsgewinne

Die wiedergegebenen Zahlen vermitteln indessen aus verschiedenen Gründen einen irreführenden Eindruck. In erster Linie bleibt zu bedenken, dass auch die juristischen Personen sparen, wenn sie erzielte Gewinne nicht verteilen, sondern für Investitionen verwenden. Das gilt selbstverständlich auch für Einzelgesellschaften wie Handwerker oder Bauern, Detaillisten oder Zahnärzte. Tatsächlich betrug 1980 gemäss den Angaben des Bundesamtes für Statistik die «unverteilten Gewinne» nicht weniger als etwa 10 Mia. Franken, das heisst annähernd dreimal soviel wie die Ersparnisse der privaten Haushalte. Man hätte sie theoretisch auch ausschütten können, und sie hätten dann — abgesehen von den Steuerleistungen — die Ersparnisse der natürlichen Personen entsprechend vergrößert. In Wirklichkeit zogen es die zuständigen Entscheidungsträger vor, die Mittel in den Firmen zu belassen.

Interessant ist an dieser Stelle die Beobachtung, wonach die unverteilten Unternehmungsgewinne im Jahre 1976 bloss 6 Mia. Franken ausmachten, dass sie also im Vergleich zu diesem Rezessionsjahr um 4 Mia. Franken stiegen. Dies deutet unverkennbar darauf hin, dass sich die Ertragslage der Unternehmungen merklich verbesserte. Ziehen wir erst noch in Betracht, dass die Abschreibungen in der gleichen Zeitspanne von rund 15 Mia. auf 18 Mia. Franken anwuchsen, so wird das Bild noch klarer: Der Verteilungsschlüssel des Volkseinkommens verschob sich zugunsten der Arbeitgeber und zum Nachteil der Arbeitnehmer. Das war freilich auch dringend notwendig, wenn der Produktionsapparat nicht veralten sollte und wenn für jene hinreichend Arbeitsplätze bereitstehen sollten, die aus dem Ausbildungssystem in das Beschäftigungssystem übertraten. 1976 war bekanntlich ein Jahr schwerster Rezession, 1980 dagegen ein solches der konjunkturellen Erholung, mit einem Zuwachs des realen Sozialproduktes von 4%.

Die Sozialversicherungen

Wenn man die erbärmlich niedrige Sparquote der Haushalte zutreffend interpretieren will, ist sodann hinzuzufügen, dass die Sozialversicherungen in ihren verschiedenen Erscheinungsformen einen wachsenden Anteil zu den Gesamtersparnissen beisteuerten. Waren es 1976 noch etwas mehr als 7 Mia. gewesen, so belief sich ihr Beitrag 1980 auf gegen 10 Mia. Franken. In diesen Zahlen sind selbstverständlich auch die Pensionskassen inbegriffen — also die sogenannte «zweite Säule». Von ihr

weiss man, dass sie gegenwärtig für sich allein etwa jährlich 7 bis 8 Mia. Franken an Deckungskapitalien akkumuliert. Ihre laufenden Prämieinnahmen übersteigen mit andern Worten um diese Summe die gleichzeitigen Rentenauszahlungen.

Nun lässt sich mit einem gewissen Recht die Auffassung vertreten, bei den auf diese Weise angesammelten und investierten Geldern handle es sich im Grunde genommen um Zwangsparsparnisse der natürlichen Personen. Der einzelne Pensionsberechtigte bildet im Laufe seiner Erwerbstätigkeit ein Vermögen, das im Durchschnitt auf rund 200 000 Franken geschätzt werden kann. Gibt er sich darüber voll Rechenschaft, so wird verständlich, dass er nicht noch auf eigene Faust und im Rahmen der «dritten Säule» ebensoviel spart, wie das früher üblich war. Er hat ja jetzt so etwas wie einen Vermögensersatz — über den er allerdings nicht nach eigenem Ermessen verfügen kann. Hingegen scheint es durchaus angebracht, wenn die «private Sparquote» entsprechend höher angesetzt wird, nämlich auf 8% statt auf 2%. Würde man die unverteiltern Unternehmensgewinne ihren Eigentümern zurechnen, so ergäbe sich eine weitere beträchtliche Aufbesserung.

Die öffentliche Hand

Zu den erstaunlichsten Ergebnissen der Nationalen Buchhaltung zählt weiterhin die Feststellung, dass selbst «der Staat» in der Schweiz zu den Nettosparern zählt. Natürlich handelt es sich hierbei nicht um den Bundeshaushalt allein, der bekanntlich fortwährend mit Defiziten abschliesst. In die Rechnung einzuschliessen sind vielmehr auch die Kantone und die Gemeinden, von denen viele sich in der jüngeren Vergangenheit in die angenehme Lage versetzt sahen, ihre Steuern zu reduzieren, weil sie Überschüsse erzielten und ihre Schulden abbauen konnten.

Ausserdem aber muss bei der Beurteilung dieser Ziffern — die sich immerhin 1980 auf gegen 4 Mia. Franken beliefen — genau beachtet werden, wie sie zu verstehen sind. Danach werden die vorgenommenen Investitionen zu den Ersparnissen gezählt. Wenn somit Schulhäuser oder Strassen gebaut werden, gilt dies als Vergrösserung des Volkseinkommens und insofern als Ersparnis. Diese Betrachtungsweise erscheint makroökonomisch gesehen vollkommen folgerichtig. Ja, man könnte sie sogar noch erweitern, indem auch die laufenden Aufwendungen für die Lehrkräfte unter die Investitionen subsumiert werden, tragen doch auch sie zur Bildung von Humankapital bei. Umgekehrt wären freilich die Abschreibungen eher in eine andere Kategorie einzureihen: Wenn sie gleich gross sind wie die Ersatzinvestitionen, helfen sie lediglich mit, den Produktionsapparat aufrechtzuerhalten.

Das Sparverhalten der Einzelnen

Bis heute pflegte man mehr oder minder instinktiv davon auszugehen, dass die Spartätigkeit ganz überwiegend von den natürlichen Personen ausgeübt werde. Diese Ansicht haben wir nun allerdings auch für die Schweiz einigermassen zu revidieren — und nicht nur für die Vereinigten Staaten, wo die «institutionellen Anleger» seit langem eine dominierende Rolle spielen. Berichtigen müssen wir indessen noch eine weitere Vorstellung, nämlich die Annahme, die Haushalte würden ihre Ersparnisse von der Höhe der erzielbaren Zinsen abhängig machen. In Wirklichkeit zeigt sich stattdessen, dass diese Zinsempfindlichkeit recht gering geworden ist.

Dominierend ist an ihrer Stelle offenkundig das Sicherheitsmotiv. Dies geht schon daraus hervor, dass selbst der absolute Betrag der Haushaltersparnisse gerade im Zeitpunkt der Rezession am grössten war und dass er seither wieder zurückgegangen ist. Damit wird selbst die Ansicht widerlegt, die Spartätigkeit der Haushalte werde in erster Linie durch die Höhe der Realeinkommen bestimmt, sind doch diese Einkommen seit 1976 wieder merklich angestiegen. Was als Erklärung übrig bleibt, ist die Einstellung gegenüber der Zukunft, der vorherrschende Optimismus oder Pessimismus. Befürchten die Wirtschaftssubjekte zunehmende Arbeitslosigkeit und Einkommensausfälle, so reagieren sie darauf mit zusätzlichem Sparen. Erscheint ihr Erwartungshorizont dagegen in rosigem Licht, so geben sie ihr Geld mit vollen Händen aus — und heizen dadurch die Hochkonjunktur noch stärker an.

Bedenklich am Rückgang der privaten Sparquote erscheint nun aber der Umstand, dass weniger Risikokapital gebildet wird und dass an seine Stelle in wachsendem Masse das Sicherheitskapital der Sozialversicherungen tritt. Denn dieses Sicherheitskapital ist in seinen Verwendungszwecken eingeschränkt. Es kann zwar für den Häuserbau herangezogen werden, nicht aber für die Finanzierung von Forschungen und Entwicklungen. Hinzu kommt, dass auch die Quelle der Selbstfinanzierung in den Unternehmungen gerade dann weniger reichlich sprudelt, wenn es am dringendsten notwendig wäre. Es ist daher durchaus nicht auszuschliessen, dass wir einer Zeit entgegengehen, die gekennzeichnet ist durch Überfluss an Sicherheitskapital bei gleichzeitigem Mangel an Risikokapital.

«Aus dem Wochenbericht der Bank Julius Bär»

Mode

Die Aufgaben des Deutschen Instituts für Herrenmode

Das Deutsche Institut für Herrenmode wurde um die Jahreswende 1927/28 in Berlin von Baron von Eelking gegründet, zusammen mit einer Zeitschrift, die damals bezeichnenderweise als «Modediktator» firmierte und die nach wenigen Ausgaben dann in «Herrenjournal» umbenannt wurde. Diese Zeitschrift, die heute im Deutschen Fachverlag Frankfurt erscheint, ist eines der wichtigsten europäischen Herrenmode-Magazine.

Die Organisationsform des Deutschen Instituts für Herrenmode ist heute die eines eingetragenen Vereins mit etwa 300 Mitgliedern aus allen Bereichen der Herrenmodewirtschaft. Die Mitglieder kommen sowohl aus den sogenannten Vorstufen, also Faserhersteller, Spinner und Weber, wie auch aus der sogenannten Grosskonfektion, also Anzüge, Mäntel, Sakkos und Hosen inklusive Sportswear. Hinzu kommen die Accessoires-Hersteller, also Strickwaren, Hüte, Gürtel, Krawatten und